

Recht des Zahlungsverkehrs

Überweisung – Lastschrift – Scheck –
ec- und Kreditkarte – Internet – Insolvenz

Begründet und bearbeitet bis zur 3. Auflage

von

Dr. Wolfgang Gößmann

Rechtsanwalt

4., neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage

von

Dr. Beatrix Weber, MLE

Rechtsanwältin

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3 503 07809 6

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2004
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin
Druck: Bitter, Recklinghausen

Vorwort

Das Bankrecht ändert sich rasch. In den letzten Jahren ist das Bankgewerbe durch die Einführung neuer Technologien grundlegend verändert worden. Nach der Internetwelle und dem Aufbau entsprechender Strukturen ist nun schon wieder die Zeit des Outsourcing angebrochen. Daneben hat sich auch im Zahlungsverkehr das Thema Insolvenz einen wichtigen Platz erobert.

Für den Bankjuristen stellen sich auch bei allen Veränderungen immer wieder die gleichen zahlungsverkehrsrechtlichen Fragen. Sie ergeben sich aufgrund der vergleichbaren Grundstrukturen bei allen neuen Zahlungsmitteln in mehr oder minder ähnlicher Art und Weise.

Das vorliegende Buch fasst die Rechtsprechung zu den klassischen Zahlungsverkehrsfragen und die Entwicklungen mit Blick auf die neuen Technologien zusammen. Für die Literatur wurden die einschlägigen Kurzkomentare und im Sinne der Praxisrelevanz neben ausgewählten Abhandlungen insbesondere die Beiträge der Mitglieder der BGH-Senate berücksichtigt. Für die Klauselwerke wird auf den entsprechenden Fundort im Internet oder in Zeitschriften hingewiesen. Anmerkungen und Anregungen sind immer willkommen !

Ich danke meinem Mann für das immerwährende Verständnis und die Geduld, die er während der Überarbeitung dieses Buches aufgebracht hat.

München, im Dezember 2003

Beatrix Weber*

* Syndikus der AUDI AG.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite 5
---------------	------------

KAPITEL 1: Die Überweisung

A. Zivilrechtliche Grundfragen.....	25
I. Die Zahlung per Überweisung	25
1. Die Erfüllung einer Geldschuld	25
2. Die Erfüllungswirkung der Überweisung	27
3. Die Geldschuld als „qualifizierte Schickschuld“	29
4. Die Rechtzeitigkeit der Überweisung	30
II. Die Gutschrift als Erfüllung	32
1. Das Wesen der Gutschrift	32
2. Der Zeitpunkt der Erfüllung	34
3. Die zivilrechtliche Bedeutung des Erfüllungszeitpunkts	36
B. Der Überweisungsverkehr	37
I. Die Umsetzung der Überweisungsrichtlinie im Überweisungsgesetz	37
II. Der Überweisungsvertrag	38
1. Die vertraglichen Beziehungen	38
2. Die Rechtsnatur des Überweisungsvertrages	41
3. Die Arten des Überweisungsauftrages	44
4. Der bestätigte Überweisungsauftrag	45
5. Die Verfügungsberechtigung über das Konto	45
a) Das Eigenkonto	45
b) Die Verfügungsberechtigung aufgrund Vollmacht, Erbenstellung und bei Minderjährigen	47
c) Die Gemeinschaftskonten	50

	Seite
d) Die Vertreter und Organe von Gesellschaften als Kontoinhaber	51
6. Der Vertragsabschluss und Inhalt des Überweisungsvertrages	53
III. Die Pflichten der Vertragspartner	58
1. Die Sorgfaltspflichten des überweisenden Kreditinstituts.	58
a) Die fristgerechte Bearbeitung	58
b) Die Nebenpflichten	61
c) Die Maßgeblichkeit der Empfängerbezeichnung	63
2. Die Informationspflichten gem. § 675 a BGB	64
a) Die Kreditinstitute als Adressaten der Informationspflichten	64
b) Informationspflichtige Geschäfte	65
c) Der Inhalt der Informationspflichten.	65
d) Die Form der Informationen	67
e) Die Verletzung der Informationspflichten	68
3. Die besonderen Pflichten des Kreditinstituts bei einem Überziehungskredit für Verbraucher	68
a) Der Dispositionskredit	68
b) Der geduldete Überziehungskredit	70
4. Die Pflichten des Überweisenden.	72
C. Die Abwicklung des Überweisungsverkehrs	73
I. Die technische Abwicklung	73
1. Die Überweisungswege	73
2. Das Blitzgiro (Eilavis)	74
3. Die Umwandlung der Überweisung in Datensätze	75
II. Die rechtliche Abwicklung	77
1. Der Zahlungsvertrag in der Überweisungskette	77
a) Das Wesen des Zahlungsvertrages	77
b) Die Pflichten aus dem Zahlungsvertrag	80
c) Die Anwendbarkeit der Vorschriften zum Zahlungsvertrag	82

	Seite
d) Der Zahlungsvertrag im Rahmen eines Zahlungsverkehrssystems	83
2. Der Abrechnungsverkehr der Bundesbank	84
D. Das Verfahren bei der Empfängerbank	87
I. Der Girovertrag gem. § 676 f BGB	87
1. Die Rechtsnatur des Girovertrages.	87
2. Der Abschluss des Girovertrages	88
3. Das Konto als Kontokorrent	89
4. Die Beendigung des Girovertrages.	92
II. Die Rechtsstellung der Empfängerbank	94
1. Die Pflichten.	94
a) Die Einrichtung und Führung des Kontos	94
b) Die Gutschrift von eingehenden Zahlungen	94
c) Die Ausführung von Überweisungsverträgen.	95
d) Die Ermittlung des Empfängers der Überweisung.	95
(1) Die Prüfung der Kontoinhaberschaft bei der Kontoeröffnung.	95
(2) Das Auseinanderfallen von Kontoinhaberschaft und Empfängerbezeichnung	96
(3) Das Auseinanderfallen von Empfängerbezeichnung und Kontonummer.	97
e) Die Auswahl des richtigen Kontos.	100
f) Die Neuvergabe von Kontonummern	101
g) Die Überweisung auf ein gelöscht Konto.	102
h) Die Auskunfts- und Benachrichtigungspflichten	103
2. Die Haftung bei Pflichtverletzungen	105
III. Die Rechtsstellung des Empfängers	105
1. Die Ansprüche des Überweisungsempfängers	105
a) Der Anspruch auf fristgerechte Gutschrift	105
b) Der Anspruch auf Verzinsung	106
c) Der Anspruch auf Erstattung einbehaltener Beträge	106
d) Der Anspruch auf Gutschrift des Garantiebetrages	107
e) Weitergehende Ansprüche	109

	Seite
f) Die Haftungsbegrenzungen und Abdingbarkeit	109
g) Die Verfügung über das Guthaben	110
h) Das Zurückweisungsrechts des Empfängers	110
2. Die Pflichten des Kunden	111
E. Die Fälschung des Überweisungsauftrages	112
I. Die Verteilung des Fälschungsrisikos	112
II. Die Beweislastverteilung	114
III. Die Haftung für Erfüllungsgehilfen	114
IV. Die Gegenansprüche der Bank	114
F. Die Kündigung des Überweisungsvertrages	116
I. Die Kündigung durch den Überweisenden	116
1. Der Zeitpunkt der Kündigung	116
2. Die Berechtigung zur Kündigung	118
3. Der Adressat der Kündigung	118
4. Die Abwicklung der Kündigung zwischen den Banken . . .	120
II. Die Kündigung durch das überweisende Kreditinstitut	120
G. Die Rückabwicklung bei fehlerhafter Überweisung	121
I. Die Storno- und Berichtigungsbuchung nach den AGB	121
1. Die Stornobuchung gem. Nr. 8 Abs. 1 AGB- Banken	121
2. Die Berichtigungsbuchung gem. Nr. 8 Abs. 2 AGB-Banken	122
II. Verschuldensunabhängige Haftung gem. § 676 b, c BGB.	123
1. Verspätete Überweisung	123
a) Bestehen eines wirksamen Überweisungsvertrages	123
b) Überschreitung der Ausführungsfrist	123
c) Kein Vertretenmüssen durch den Überweisenden/Empfänger	124
d) Keine höhere Gewalt	124
e) Die Darlegungs- und Beweislast	125
f) Der Anspruchsinhalt	125

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Gekürzte Überweisung	126
a) Bestehen eines wirksamen Überweisungsvertrages	126
b) Unberechtigter Einbehalt eines Betrages	126
c) Kein Ausschluss durch höhere Gewalt	126
d) Der Anspruchsinhalt	127
3. Gescheiterte Überweisung	127
a) Erstattungsverlangen als Kündigung des Überweisenden	128
(1) Bestehen eines wirksamen Überweisungsvertrages	128
(2) Kein Bewirken der Überweisung innerhalb der Ausführungsfrist	128
(3) Erstattungsverlangen des Überweisenden	129
(4) Kein Bewirken der Überweisung innerhalb der Nachfrist	129
(5) Kein Vertretenmüssen des Überweisenden	130
(6) Keine höhere Gewalt	130
(7) Der Anspruchsinhalt	130
b) Die Kündigung durch das überweisende Kreditinstitut	131
(1) Unzumutbarkeit der Fortsetzung des Überweisungsvertrages	132
(2) Die Erstattung des Garantiebetrages	132
4. Anspruchskonkurrenzen	133
III. Verschuldensabhängige Ansprüche	133
IV. Die Bereicherungsansprüche gem. §§ 812 ff. BGB	136
1. Die bereicherungsrechtlichen Leistungsbeziehungen	136
2. Die Rückabwicklung bei fehlerhaftem Deckungsverhältnis (Überweisender – Überweisungsbank)	138
a) Das Fehlen eines Überweisungsauftrages	138
b) Die weisungswidrige Ausführung des Überweisungsauftrages	141
c) Die Haftung für fehlerhafte Überweisungen über den Garantiebetrags des § 676 b Abs. 3 BGB hinaus	145
3. Die Rückabwicklung bei fehlerhaftem Valutaverhältnis (Überweisender – Überweisungsempfänger)	147

	Seite
V. Die Haftung für zwischengeschaltete Kreditinstitute	147
1. Die Haftung des überweisenden Kreditinstitutes	147
2. Die Ausgleichsansprüche gegen die Zwischenbanken	148
a) Das System des Regresses im Interbankenverhältnis	148
b) Der Anspruch auf Schadensersatz bei verspäteter Überweisung, § 676 e Abs. 1 BGB	149
(1) Bestehen eines wirksamen Zahlungsvertrag gem. § 676 d BGB.	149
(2) Verspätete Ausführung einer Überweisung gem. § 676 a Abs. 2 BGB	150
(3) Verursachung der Verspätung durch die betreffende Zwischenbank	150
(4) Schaden bei der Überweisungsbank durch Erfüllung der Ansprüche des Überweisenden.	150
(5) Keine höhere Gewalt	151
c) Der Anspruch auf Erstattung bei gekürzter Überweisung, § 676 e Abs. 2 BGB	151
d) Der Anspruch auf Erstattung bei fehlgeschlagener Überweisung, § 676 e Abs. 3 BGB	151
(1) Bestehen eines wirksamen Zahlungsvertrages gem. § 676 d BGB.	151
(2) Fehlschlagen der Überweisung	151
(3) Haftung der Überweisungsbank gem. § 676 b Abs. 3 BGB.	152
(4) Ausschluss der Haftung.	153
(5) Umfang der Haftung	153
VI. Abweichende Vereinbarungen.	155
1. Die Abweichung gem. § 676 c Abs. 3 BGB	155
2. Die Abweichung durch AGB	156
H. Das Verfahren zur außergerichtlichen Streitbeilegung.	156
I. Der Anwendungsbereich.	156
II. Die Organisation der Schlichtungsstellen.	156
III. Die Vorprüfung der Schlichtungsstelle.	157
IV. Das Hauptverfahren vor dem Schlichter	158
V. Die Kosten des Schlichtungsverfahrens	158

**KAPITEL 2:
Das Lastschriftverfahren**

A. Rechtliche Qualifikation	159
I. Der Abbuchungsauftrag	159
II. Die Einzugsermächtigung	160
III. Die doppelt begründete Lastschrift	161
B. Zivilrechtliche Grundfragen	162
I. Die Lastschriftabrede	162
II. Der Zeitpunkt der Leistung und Verzug	166
III. Die Erfüllung	168
1. Die Einlösung der Lastschrift	168
2. Die Erfüllung im Abbuchungsauftragsverfahren	169
3. Die Erfüllung im Einzugsermächtigungsverfahren	170
IV. Die Wertstellung der Belastungsbuchung	172
C. Die vertraglichen Beziehungen im Lastschriftverfahren	173
I. Das Deckungsverhältnis zwischen Schuldnerbank und Schuldner	173
1. Der Girovertrag	173
2. Die Benachrichtigung bei Nichteinlösung	173
II. Das Inkassoverhältnis zwischen Gläubigerbank und Gläubiger	174
1. Der Abschluss der Inkassovereinbarung	174
2. Der Inhalt der Inkassovereinbarung	176
III. Die Rechtsverhältnisse zwischen den Banken	178
IV. Das Valutaverhältnis zwischen Schuldner und Gläubiger	179
D. Der Widerspruch des Schuldners	179
I. Der Widerspruch im Abbuchungsauftragsverfahren	179

	Seite
II. Der Widerspruch des Schuldners im Einzugsermächtigungsverfahren	180
1. Das Recht zum Widerspruch	180
2. Kein Widerruf des Widerspruchs	182
3. Der Verlust der Widerspruchsmöglichkeit	183
a) Der Verlust durch Fristablauf	183
b) Der Verlust durch Genehmigung	184
4. Der Missbrauch der Widerspruchsmöglichkeit.	185
E. Die Ansprüche beim missbräuchlichen Widerspruch.	187
I. Der Anspruch der Schuldnerbank gegen den Zahlungspflichtigen	187
II. Die Ansprüche des Zahlungsempfängers	187
1. Die Ansprüche gegen den Zahlungspflichtigen.	187
2. Die Ansprüche gegen die Zahlstelle	188
a) Der Anspruch aus § 826 BGB.	188
b) Der Anspruch wegen Verletzung von Schutzpflichten.	189
III. Die Ansprüche der ersten Inkassostelle	190
1. Die Ansprüche aus dem Valutaverhältnis aufgrund Sicherungsabtretung.	190
2. Die Ansprüche gegen den Lastschriftschuldner gem. § 826 BGB	191
3. Die Ansprüche gegen die Zahlstelle aus § 826 BGB.	193
IV. Die Ansprüche des Zahlungspflichtigen gegen die Gläubigerbank.	194
F. Der Bereicherungsausgleich	194
I. Die Abwicklung in den Leistungsverhältnissen	194
II. Die Direktkondiktion als Ausnahme	196
G. Die Rückabwicklung von Lastschriften im Interbankenverhältnis.	196
I. Der Anspruch auf Wiedervergütung	196

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Die Rückgabe vor Einlösung der Lastschrift.	196
2. Die Rückgabe nach Einlösung der Lastschrift	197
a) Berechtigter Widerspruch innerhalb der 6-Wochen-Frist	197
b) Berechtigter Widerspruch nach Ablauf der 6-Wochen-Frist	198
c) Unberechtigter Widerspruch innerhalb der 6-Wochen-Frist	198
d) Unberechtigter Widerspruch nach Ablauf der 6-Wochen-Frist	198
II. Die Entgelte bei Nichteinlösung	199
1. Der Anspruch der Schuldnerbank gegen die Gläubigerbank	199
2. Keine Ansprüche der Schuldnerbank gegen den Schuldner	199
3. Die Ansprüche der Gläubigerbank gegen den Gläubiger	200
4. Die Ansprüche des Gläubigers gegen den Schuldner	201

KAPITEL 3: Der Scheck

A. Zivilrechtliche Grundfragen.	203
I. Die Zahlung mittels Scheck.	203
1. Einzelne Scheckarten	203
2. Die Scheckzahlungsabrede	204
3. Die Leistung erfüllungshalber.	205
4. Die Verzögerungs- und Verlustgefahr	205
II. Der Zeitpunkt der Erfüllung	207
1. Die Einlösung des Schecks	207
2. Der Zeitpunkt der Einlösung	207
3. Der Verbraucherkreditvertrag im Scheckrecht	209

	Seite
B. Die Scheckausstellung	210
I. Der Scheckvertrag zwischen Aussteller und bezogener Bank	210
II. Die Schecksperrre	212
III. Die Vorlegung des Schecks	213
IV. Die Rechte und Pflichten der Beteiligten	214
1. Die Pflichten des Kunden	214
2. Die Rechte und Pflichten der Bank	215
V. Die Haftung bei missbräuchlicher Scheckeinreichung	219
VI. Der Bereicherungsausgleich	220
C. Die Scheckeinziehung	221
I. Das Verhältnis zwischen Einreicher und Inkassobank	221
1. Der Inkassoauftrag	221
2. Die Vorbehaltsgutschrift	223
3. Das Sicherungseigentum der Bank	225
4. Die Wertstellung	226
II. Das Verhältnis zwischen Einreicher und bezogener Bank	227
1. Grundsätzlich keine Rechtsbeziehungen	227
2. Die Scheckbestätigung	227
3. Die Einlösungszusage	229
III. Das Interbankenverhältnis	231
1. Das mehrgliedrige Scheckeinzugsverfahren	231
2. Das BSE-Verfahren	232
3. Das GSE-Verfahren	232
IV. Das Verhältnis zwischen Scheckgläubiger und Scheckschuldner	234
1. Die Scheckberechtigung	234
2. Die Scheckverpflichtung	235
3. Die persönlichen Einwendungen	237
4. Der Scheckrückgriff	238

	Seite
D. Der abhanden gekommene Scheck	239
I. Die Prüfungspflichten der Inkassobank	239
1. Das Abhandenkommen	239
2. Die grobe Fahrlässigkeit der Bank	240
3. Die maßgeblichen Mitarbeiter	241
4. Verdachtsmoment bei disparischen und nicht disparischen Schecks	242
a) Verdachtsmomente aus dem Scheck selbst	242
b) Verdachtsmomente aus der Person des Einreichers	244
c) Verdachtsmomente aus der Ungewöhnlichkeit des Geschäfts	244
5. Disparität als Verdachtsmoment.	245
6. Die Prüfungspflichten beim Orderscheck	246
II. Die Ansprüche des Scheckberechtigten gegen die Inkassobank	247
1. Der Schadensumfang	247
2. Das Mitverschulden des Scheckberechtigten	248
III. Die Ansprüche des Scheckberechtigten gegen den Einreicher	250

**KAPITEL 4:
Die Zahlung mittels ec-Karte**

A. Zivilrechtliche Grundfragen	251
I. Die rechtliche Qualifikation	251
1. Die ec-Karte	251
2. Die Geldkarte	252
II. Die Erfüllung	252
B. Die Rechtsbeziehungen	253
I. Das Deckungsverhältnis zwischen Kartenemittent und Karteninhaber	253

	Seite
II. Das Zuwendungsverhältnis zwischen Kartenemittent und Händler	254
1. Der Teilnahmevertrag zur ec-Karte	254
2. Die Vereinbarungen zur Geldkarte	255
III. Das Valutaverhältnis zwischen Händler und Kunde	256
C. Die einzelnen Zahlungsarten	256
I. Der Geldautomat	256
1. Verfahren und Technik	256
2. Die Verfügung an institutseigenen Geldautomaten	258
a) Die Abhebung als Weisung des Karteninhabers	258
b) Die vertraglichen Sorgfaltspflichten	258
(1) Die Aufklärungspflichten der Bank	258
(2) Die Sorgfaltspflichten des Karteninhabers	258
c) Die Haftung bei vertragswidrigen oder missbräuchlichen Verfügungen	259
(1) Die Überziehung durch den Karteninhaber	259
(2) Die Auszahlung an einen beauftragten Dritten	260
(3) Die Auszahlung an einen missbräuchlich handelnden Dritten	261
d) Beweisfragen	264
e) Der sachenrechtliche Eigentumsübergang und Strafbarkeit	267
3. Die Verfügungen an institutsfremden Geldausgabeautomaten	268
a) Das Rechtsverhältnis zwischen dem eigenen und dem fremden Institut	268
b) Das Rechtsverhältnis zwischen Karteninhaber und fremdem Institut	269
II. POS, POZ	269
1. POS	269
a) Das Verfahren	269
b) Der Zahlungsvorgang	270
(1) Die Weisung des Karteninhabers	270
(2) Das abstrakte Schuldversprechen der Bank	271

Inhaltsverzeichnis

	Seite
(3) Kein Widerruf der Weisung	272
c) Die Haftung	272
(1) Das Überziehen des Kontolimits durch den berechtigten Karteninhaber	272
(2) Die Überschreitung der Innenvollmacht durch einen beauftragten Dritten	273
(a) Die Verfügungen des Beauftragten mittels Zweitkarte	273
(b) Die Verfügungen eines Beauftragten mittels Originalkarte	273
(3) Die missbräuchliche Verwendung durch einen unberechtigten Dritten	274
2. POZ	275
a) Das Verfahren	275
b) Die Haftung	276
III. Die Geldkarte	277
1. Das Aufladen der Geldkarte	277
a) Der technische Vorgang	277
b) Die Weisung des Karteninhabers	277
2. Die Zahlung mittels Geldkarte	278
a) Die technische Abwicklung der Zahlung	278
b) Die rechtliche Einordnung der Zahlung	278
3. Die Haftungsverteilung	280
a) Die Überziehung der Kreditlinie durch den Karteninhaber	280
b) Die missbräuchliche Verwendung der Karte durch einen Dritten	280
(1) Die Haftung für missbräuchliche Aufladungen	280
(2) Die Haftung bei dem Verlust einer aufgeladenen Geldkarte	281
c) Die Haftung für den Einsatz einer gefälschten oder beschädigten Geldkarte	282
4. Die Beendigung der Geldkartennutzung	282

**KAPITEL 5:
Die Kreditkarte**

A. Zivilrechtliche Grundfragen	285
I. Die rechtliche Qualifikation	285
II. Die Erfüllung	285
B. Die Rechtsbeziehungen	286
I. Das Deckungsverhältnis zwischen Kartenemittenten und Karteninhaber	286
II. Das Zuwendungsverhältnis zwischen Kartenemittenten und Händler	286
III. Das Valutaverhältnis zwischen Karteninhaber und Vertragsunternehmen	288
C. Der Zahlungsvorgang	288
I. Die Weisung des Karteninhabers	288
II. Der Anspruch des Kartenemittenten auf Aufwendungsersatz	289
D. Die Haftung	290
I. Das vertragswidrige Verhalten des Karteninhabers	290
II. Die Weitergabe der Karte an einen beauftragten Dritten	291
III. Der missbräuchliche Einsatz der Karte durch einen Dritten	292
1. Die Haftung des Karteninhabers vor der Sperranzeige	292
a) Kein Aufwendungsersatzanspruch des Kartenemittenten	292
b) Keine Abwälzung des Risikos auf den Karteninhaber	292
c) Die Schadensersatzansprüche des Kartenemittenten	293
d) Die Haftungsbeschränkungen	295

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Keine Haftung des Karteninhabers nach der Sperranzeige	296
3. Die Haftung des Vertragsunternehmens	296
4. Die Haftung des unberechtigten Dritten	297
IV. Die Haftung bei Einsatz einer gefälschten Kreditkarte	298

KAPITEL 6:

Die beleglosen Zahlungsverfahren im Internet

A. Das Online-Banking	299
I. Die Verfahren	299
II. Die Nutzungsbedingungen	300
III. Die Wirksamkeit und der Zugang elektronischer Aufträge	301
IV. Die vertraglichen Pflichten der Bank	302
V. Die Haftung bei Missbräuchen	304
B. Die Lastschrift	305
C. Die Geldkarte	307
D. Die Kreditkarte	307
I. Die Einräumung der Nutzungsmöglichkeit im beleglosen Verfahren	307
II. Der Zahlungsvorgang	308
III. Die Haftungsverteilung	309

KAPITEL 7:

Die Pfändung und Insolvenz im Zahlungsverkehr

A. Die Pfändung	311
I. Die Pfändung des Kontos	311
1. Die Pfändung des Guthabens	311

	Seite
2. Die Pfändung beim Kontokorrent	313
3. Die Pfändung des Anspruchs auf Gutschrift.	315
4. Die Pfändung des Anspruchs auf Überweisung an Dritte	315
5. Keine Pfändung des Anspruchs auf Auskunft	316
II. Die Pfändung der Kreditlinien	316
1. Der Dispositionskredit	316
2. Der Überziehungskredit	319
B. Insolvenzrechtliche Fragen.	319
I. Allgemeines.	319
II. Die Überweisung	320
1. Die Insolvenz des Überweisungspflichtigen	320
a) Der Insolvenzantrag.	320
(1) Die Stellung des Insolvenzantrages	320
(2) Das allgemeine Verfügungsverbot	321
(3) Der Zustimmungsvorbehalt und Kontensperre	323
(4) Die Einsetzung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	323
b) Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens.	324
(1) Der Girovertrag	324
(2) Das Kontokorrentverhältnis	324
(3) Der Überweisungsvertrag	325
2. Die Insolvenz der Überweisungsempfängers	327
III. Das Lastschriftverfahren	328
1. Die Insolvenz des Zahlungspflichtigen	328
a) Die Widerspruchsmöglichkeit des Insolvenzverwalters	328
b) Die Einlösung der Lastschrift	330
(1) Die Einlösung nach Stellung eines Insolvenzantrages	330
(2) Die Einlösung nach Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	331
(3) Die Einlösung nach Eröffnung des Verfahrens	331

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Die Insolvenz des Zahlungsempfängers.....	332
a) Die Einziehung von Lastschriften nach Stellung eines Insolvenzantrages	332
b) Die Einziehung von Lastschriften nach der Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	333
c) Die Einziehung von Lastschriften nach der Verfahrenseröffnung	333
IV. Der Scheck.....	334
1. Das Sicherungseigentum der Bank.....	334
2. Die Insolvenz des Scheckausstellers.....	334
a) Die Ausstellung oder Einlösung eines Schecks nach Stellung eines Insolvenzantrages	334
b) Der Erlass von Sicherungsmaßnahmen	335
c) Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens.....	335
3. Die Insolvenz des Scheckeinreichers	336
V. Die Verfügungen mittels ec-Karte.....	336
Literaturverzeichnis.....	339
Stichwortverzeichnis.....	347